

Prolog: Der Anti-Populismus-Reflex oder die wissenschaftliche Konstitution eines ungeliebten Forschungsgegenstandes

„Die Anhänger der SVP, die sind nicht so ganz anders als ich.“

BICHSEL 2010

In einem Interview mit der Gewerkschaftszeitung *Work* identifiziert sich der Schweizer Schriftsteller und Linksintellektuelle Peter Bichsel mit den Anhängern einer rechtspopulistischen Partei. Die Aussage wird weder ein- noch ausgeleitet. Sie legt eine solitäre Spur, die Verwirrung stiftet, gilt der Populismus – zumal in seiner rechten Spielart – doch als „*absolutes Übel*“¹ einer wohlgeordneten demokratischen Gesellschaft.

Einen ersten Eindruck vom schlechten Image des Populismus erhält, wer Lexika, Zeitungen und Magazine nach den geläufigen Attributen des politischen Phänomens durchsucht. Der Populismus wird als opportunistisch, emotionalisierend, ephemere, demagogisch, charismatisch, krude, brachial, markig, suggestiv, hysterisch, plump, simplifizierend, vulgär, manipulativ und demokratiegefähr-

1 Der Begriff stammt von Frantz Fanon (1981: 34). Für Fanon ist der Kolonisierte aus Sicht der Kolonialherren „der Feind der Werte, [...] das absolute Übel, ein zersetzendes Element, das alles, was mit ihm in Berührung kommt, zerstört, alles, was mit Ästhetik oder Moral zu tun hat, deformiert und verunstaltet, ein Hort unheilvoller Kräfte, ein unbewußtes und nicht faßbares Instrument blinder Gewalt.“ Hier und im Folgenden werden sowohl die alte Rechtschreibung, als auch die schweizerische Rechtschreibung im Rahmen von Zitationen beibehalten.

dend qualifiziert.² Das semantische Netz, das sich um den Begriff legt, lässt uns schwer erkennen, dass es sich um einen politischen „Kampfbegriff“³ handelt. Das Etikett ‚populistisch‘ fungiert in der Regel als stigmatisierende Fremdbeschreibung. Wer eine Partei, eine Politikerin, eine Ideologie oder eine Initiative als populistisch klassifiziert, zielt darauf, die politische Position des Anderen zu brandmarken und den eigenen Standpunkt mit den positiven Antonymen des Populismus zu schmücken, sich selbst als glaubwürdigen, rationalen und normalen Verantwortungsträger zu stilisieren.

Abgesehen von seiner pejorativen Konnotation bleibt der Populismusbegriff indes nebulös. Einig sind sich die politischen Kommentatoren lediglich darin, dass es sich um einen opportunistischen Politikstil handelt, der von einer akzeptablen Form der politischen Kontingenz- und Komplexitätsbewältigung *abweicht*.⁴ Das Problem mit derlei Kritiken des Populismus besteht darin, dass sich die Fragen, wann ein politischer Lösungsvorschlag zu simplifizierend und wann die Repräsentation des Mehrheitswillens lediglich eine skrupellose Strategie ist, nicht ohne Unterstellungen beantworten lassen. So überrascht es nicht, wenn der Populismusbegriff selbst unter Populismus-Verdacht gerät, wie Frank Decker, einer der führenden deutschsprachigen Populismusforscher einräumt.⁵

Nichtsdestotrotz vollziehen die gängigen wissenschaftlichen Populismustheorien dieselbe Operation.⁶ Zwar lehnen es die meisten Forscher/innen ab, den Populismus auf einen demagogischen politischen Stil zu reduzieren,⁷ doch treffen sie sich bezüglich der Stigmatisierung als anomales Phänomen mit dem medialen Diskurs. Angesichts der vermeintlichen Unmöglichkeit, den spezifischen Unterschied des Populismusbegriffs auf positive Weise zu bestimmen, wird die Abweichung von einer präsupponierten Normalität zum *Definiens* des Begriffs. Wenn der Aufstieg populistischer Parteien auf unaufgeklärte Teilgesellschaften, uneinsichtige Protestwähler/innen oder unzureichende politische Bildung zurückgeführt wird,⁸ die Wahlerfolge populistischer Parteien in Verbindung mit den Integrationsdefiziten der repräsentativen Demokratien und der Krise der

2 Vgl. stellvertretend für viele Jäger 2011; Nonnenmacher 2014; vor dem Hintergrund der italienischen Parlamentswahlen 2013 vgl. Hartleb 2013; vor dem Hintergrund des Wahlerfolges der griechischen Syriza-Partei vgl. Winkler 2015.

3 Vgl. Link 2008: 17.

4 Vgl. kritisch Rensmann 2006: 59ff.

5 Decker 2000: 23f.; vgl. auch Dahrendorf 2003: 156; sowie Helbing 2011: 13.

6 Einen ersten Eindruck vermittelt etwa Nohlen 2011: 489ff.

7 So etwa Priester 2011: 187; Decker/Lewandowsky 2009: 1.

8 Exemplarisch vgl. Spier 2010 sowie Jäger 2011.

etablierten Parteiensysteme gebracht werden,⁹ wenn gefragt wird, ob der Populismus eher „Totengräber oder Korrektiv der Demokratie“¹⁰ sei, wenn der Populismus als inkonsistente, unterentwickelte Ideologie konturiert wird,¹¹ der Rechtspopulismus als moderate Form des Rechtsextremismus begriffen wird¹² oder zum Krisenindikator eines postpolitischen Kosmopolitismus avanciert,¹³ dann wird das Phänomen ‚Populismus‘ stets außerhalb des politischen Normalbetriebes und des ‚eigentlichen‘ politischen Systems positioniert, um entweder als fremdartige Bedrohung oder als beunruhigendes Symptom tieferliegender soziopolitischer Pathologien sinnhaft gemacht zu werden.¹⁴ Während ein analytisch scharfer Populismusbegriff außer Reichweite bleibt, zieht sich der Topos der Devianz wie ein roter Faden durch den Populismusdiskurs des sozialwissenschaftlichen Mainstreams.¹⁵ Dabei erscheint das Phänomen zumeist als das antipodische Andere eines *output*-orientierten Demokratiediskurses, der die demokratischen Grundprinzipien Volkssouveränität und Partizipation den „Rationalitätszumutungen moderner Politik“¹⁶ unterordnet und den liberalen Konstitutionalismus als die einzig legitime Staatsform anerkennt.

So bespricht die Mainstream-Politologie den Erfolg populistischer Parteien entweder als politisch-ideologisches Oberflächenphänomen einer allgemeinen

9 Anstelle vieler vgl. Dahrendorf 2003 sowie Albertazzi/McDonnell 2008b.

10 So der Titel von Hartleb 2012. Auch andere Titel wie etwa „Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?“ (Decker 2006) und „Populismus – Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie“ (Sir Peter Ustinov Institut 2012) deuten darauf hin, dass die damit angerissene Frage (ob der Populismus eine Gefährdung der Demokratie darstellt oder ob die Demokratie angesichts der populistischen Herausforderung zu sich selbst zurückfinden könnte, indem die etablierten demokratischen Parteien ihre Responsivität wiederherstellten) die zentrale Fragestellung der Populismusforschung ist.

11 Vgl. Priester 2012a: 3; Mudde 2004: insb. 543.

12 So etwa von Philipp Becher (2013).

13 Vgl. Chantal Mouffes (2005, 2007, 2011) Kritik an Kosmopolitismus (und Rechtspopulismus); Oudenampsen 2012; exemplarisch für das kosmopolitische Argument gegen den Populismus vgl. Pelinka 2012: insb. 17ff.

14 Die Titel „Populism and the Pathology of Representative Politics“ (Taggart 2002); „Populism, or, Politics at the Edges of Democracy“ (Arditi 2003) und „The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy“ (Mudde 2010) sind typische Zeugnisse dieser allgemeinen Stoßrichtung der Populismusforschung.

15 Vgl. Mény/Surel 2002: 2ff.

16 Buchstein/Jörke 2003: 476.

Störung des gesellschaftlichen Normalzustandes oder aber als demagogische Strategie zur Mobilisierung ‚bildungsferner Modernisierungsverlierer‘.¹⁷ Im ersten Fall wird dem Populismus eine Indikatorfunktion für gesellschaftspolitische Missstände zugebilligt: Sein Erfolg ist symptomatisch. Der Populismus *drückt aus*, was tiefer wurzelt: sei es das falsche Bewusstsein von Bevölkerungsteilen oder die desintegrativen Effekte der neoliberalen Globalisierung und die schwindende Legitimation ihrer Regierungssysteme. Der mahnende Appell richtet sich folglich an die etablierten Parteien. Es gelte, sich der veränderten politischen Nachfrage soweit als möglich anzupassen und die Responsivität des politischen Systems wiederherzustellen.¹⁸

Im zweiten Fall wird der Populismus als „schleichendes Gift“¹⁹ wahrgenommen: Populisten werden dafür gescholten, dass sie soziopolitische Missstände und rationale Interessengegensätze in „unechte“ oder „unteilbare Konflikte“ übersetzten.²⁰ Die rechtspopulistische „Politik von Angst und Zugehörigkeit“²¹ wird als Gefahr für die Zivilgesellschaft und als „Hindernis für die politische Sozialisation“²² wahrgenommen, da sie den soziomoralischen Fortschritt moderner Gesellschaften blockiere und die Integration durch Rationalität, Kompromiss und Konsens untergrabe. Die verordnete Therapie besteht folglich in verstärkter politischer Bildung. Letztere soll jene Bürger/innen aufklären, die den Authentizitätsbehauptung der populistischen „Pioniere der Anomie“²³ Glauben schenken, ihren Heilsversprechen anheimfielen und die eigenen ‚wahren Interessen‘ aus den Augen verloren hätten. Dem „Bazillus des Populismus“²⁴ soll auf diese

17 Typisch für die Deutung als ideologischer Ausdruck von tieferliegenden Pathologien: Mény/Surel 2002: 7; Dahrendorf 2003; Taggart 2002 u. 2004; Rosanvallon 2008; Dorna 2003: 4; Mudde 2010; Decker 2012 u. 2013; Mouffe 2005 u. 2011. Typisch für die Deutung als ideologisch unbestimmte, opportunistische Strategie mit dem Ziel der schlichten Machtmaximierung: Weyland 2001: insb. 12ff.; Mair 2002; Barr 2009; Werz 2011. Zur Modernisierungsverliererthese vgl. bspw. Spier 2006 u. 2010; sowie Rydgren 2004.

18 Vgl. exemplarisch Mény/Surel 2002: 21.

19 Decker/Lewandowsky 2009: 3.

20 Die Unterscheidung von echten und unechten Konflikten geht zurück auf Coser 1972. Zur Unterscheidung von teilbaren und unteilbaren Konflikten vgl. Hirschmann 1994: 302ff.

21 Hoheneder 2012.

22 Hartleb 2005.

23 Rosenberger 2001: 103.

24 Dahrendorf 2003.

Weise gewissermaßen der soziokulturelle „Nährboden“²⁵ entzogen werden, um die gesellschaftliche Normalität eines gemäßigt pluralistischen *status quo ante* zu restaurieren.²⁶

Der Krankheitstopos, der den Populismus in diesen Diskursen als Symptom anomaler Verhältnisse rahmt, induziert eine pathogenetische, normativistische und *a priori* populismuskritische Perspektive. Der Populismus erscheint als Phänomen, das es eigentlich gar nicht geben dürfte, als politischer Fortsatz irrationaler Abstiegsängste, als Folgeerscheinung der mangelhaften Responsivität der etablierten Parteien oder als Epiphänomen antipluralistischer Einstellungen, die anschlussfähig sind für die populistischen Kernstrategien der Pauschalisierung, der Skandalisierung und des *scape goating*.²⁷ Somit zeigt sich in der sozialwissenschaftlichen Behandlung des Populismus in exemplarischer Weise, wie „sich das zwischen Rationalität und Irrationalität strukturierende Vorurteil noch zusätzlich mit Vorstellungen des Pathologischen auf[lädt] und somit mindestens implizit Heilung durch Rückkehr zum rationalen Modell [verspricht]“²⁸.

Kritikwürdig an dieser Perspektivierung ist, dass juridische Normen innerhalb der entworfenen pathogenetischen Ursache-Wirkungs-Szenarien zu sozialwissenschaftlichen Leitdifferenzen mutieren, ohne dass ihr politischer Charakter thematisiert werden würde. Die Populismusforschung lässt damit nicht nur die elitäre Angst vor der Politisierung einer „verstockten Masse“²⁹ nachhallen. Indem sie eine liberaldemokratische Normalität und Teleologie präsupponiert und ihren Gegenstand anhand dieses Regulativs als pathologische Abweichung klassifiziert, reproduziert sie auch das Normalitätsdispositiv einer rationalisierten Demokratie. Das normativistische Vorurteil strukturiert die wissenschaftliche Analyse und substituiert die politische Auseinandersetzung.³⁰

Diese Form der Kritik konnte die Konjunktur des Populismus indes nicht aufhalten.³¹ Während in Lateinamerika überwiegend linkspopulistische Projekte

25 Hoheneder 2012.

26 Vgl. Jäger 2011; Patzelt 1999. Pointiert kritisch zu diesem rationalisierenden Gestus seines Faches äußert sich der Politikwissenschaftler Michael Th. Greven (1999: insb. 13f.).

27 Vgl. etwa Priester 2012a: 6.

28 Greven 1999: 14.

29 Ortega y Gasset 1957: 49.

30 Vgl. Mouffe 2007a: 100.

31 Ob diese Form der Kritik den Aufstieg populistischer Parteien eher forciert als bremst, bleibt spekulativ (Vgl. zu dieser Frage Mudde 2004; Taguieff 1995). Jedoch lässt sich beobachten, dass Populisten diese Form der Kritik keineswegs ignorieren, sondern in

mit weitreichenden Umverteilungsversprechen reüssieren,³² sind in Europa überwiegend rechtspopulistische Parteien erfolgreich. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sie sich nicht nur in vielen osteuropäischen Transformationsgesellschaften etabliert, auch in konsolidierten, westlichen Demokratien dürfen sie sich zu einem festen Bestandteil des Parteienspektrums rechnen.³³ Entsprechend hat sich auch die sozialwissenschaftliche Einordnung dieser Parteien verschoben: Während ihre ersten politischen Erfolge noch als ephemere Protestphänomene trivialisiert werden konnten, entpuppte sich diese Einschätzung angesichts der Häufung und Verstetigung ihrer Wahlerfolge als falsche Hoffnung.³⁴ Sozialwissenschaftler/innen mussten anerkennen, dass die Wahl rechtspopulistischer Parteien nicht mehr als sporadische Protestwahl abgetan werden konnte, sondern in zunehmendem Maße als ideologisch motivierte Wahlentscheidung zu begreifen ist.³⁵

Die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Unterschied zu sogenannten *single-issue*-Bewegungen ein umfassendes politisches Programm liefern. Sie opponieren gegen die zunehmende Macht

die eigenen ideologischen Narrative integrieren und als weiteres Indiz für die postulierte Kluft zwischen ‚Establishment‘ und den ‚einfachen Leuten‘ sinnhaft machen. So lässt sich festhalten, dass der rationalistische Anti-Populismus-Reflex zumindest Gefahr läuft, sich politisch kontraproduktiv auszuwirken. – Zumal dieser Form der Kritik des Populismus kein Rezept liefert, wie sich die Sorgen, Befindlichkeiten und Unrechtserfahrungen der Anhänger politischer Parteien anders artikulieren ließen.

32 Für einen Überblick über die jüngsten politischen Erfolge populistischer Bewegungen in Lateinamerika vgl. Werz 2011.

33 Einen Überblick über die Stimmanteile der bedeutendsten rechtspopulistischen Parteien bei den Parlamentswahlen in Westeuropa findet sich bei Lochocki 2012: 31. Zum Aufstieg populistischer Parteien in postsozialistischen Staaten vgl. exemplarisch Segert 2011.

34 Vgl. Decker 2006c: 4. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass der Einfluss rechtspopulistischer Parteien auch dort, wo ihre Erfolge von kurzer Dauer sind – sei es aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal, sei es, weil ihre weitreichenden Forderungen und Versprechungen im Fall einer Regierungsbeteiligung nicht erfüllt werden können, mit ihrer wahlpolitischen Niederlage niemals gänzlich endet. Vielmehr hinterlassen ihre Agenden und Deutungsangebote ideologische Spuren auf den politischen Feldern, denen die etablierten politischen Parteien programmatisch folgen müssen, wollen sie die verlorenen Wählerstimmen zurückgewinnen (vgl. Minkenberg 2001; Geden 2005b: 69).

35 Vgl. van der Brug/Meindert/Tillie 2000; Helbing 2011:12.

internationaler Organisationen, gegen transnational agierende Unternehmen, gegen ausufernde Bürokratien, steigende Sozialabgaben und gegen eine als zu liberal und zu lax empfundene Migrations- und Sicherheitspolitik. Der Krise des Wohlfahrtsstaates treten sie mit wohlfahrtschauvinistischen Forderungen nach Steuersenkungen für ‚Inländer‘ entgegen; die politische Repräsentationskrise beantworten sie mit einer allgemeinen Kritik an einer ‚abgehobenen Parteiendemokratie‘; und die Identitätskrise, in die westliche Gesellschaften nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gerieten, kurieren sie mit neo-rassistischen Selbstvergewisserungen³⁶ und ethnonationalistischen Konzeptionen von Staatsbürgerschaft.³⁷

Im Unterschied zur extremen Rechten handelt es sich in der Regel nicht um offen verfassungsfeindliche Gruppierungen. Eines ihrer Erfolgsgeheimnisse liegt vielmehr darin begründet, dass sie sich als Erben der Verfassungsväter, als Restauratoren eines depravierten Gemeinwesens und Erneuerer der Demokratie gerieren.³⁸ Und in der Tat schalten sich auch rechtspopulistische Parteien in den Konflikt ein, welcher der liberalen Demokratie verfassungsmäßig eingeschrieben ist. Sie zielen darauf, das etablierte Verhältnis zwischen der liberalen Tradition und der demokratischen Tradition zugunsten der letzteren zu korrigieren. Im Konfliktfall privilegieren sie das Volkssouveränitäts- und Mehrheitsprinzip gegenüber dem Rechtsstaatsprinzip des liberalen Konstitutionalismus.³⁹ Oftmals wird dieses Primat des Mehrheitsprinzips verknüpft mit dem ethnopluralistischen Dogma der Unvereinbarkeit unterschiedlicher, in sich homogener kultureller Entitäten,⁴⁰ mit dem der rechtskommunitaristische Intellektuelle Alain de Benoist⁴¹ eine *neue Rechte* in Stellung gegen die Hegemonie des multikulturalis-

36 Der Begriff Neo-Rassismus wurde von Etienne Balibar (1991a) geprägt. Er bezeichnet eine politische Ideologie, die soziale Verhältnisse nicht aus biologisch determinierten Rassenunterschieden ableitet, sondern auf eine historisch gewachsene und damit quasi-natürliche ethnische Diversität rekurriert, welche dieselben diskriminierenden Ressentiments und Praktiken nach sich zieht, wie der biologische Rassismus.

37 Vgl. Decker 2006c: 10; zur ethnischen Begründung von Volk und Nation vgl. Betz 2001 u. 2003; Betz/Johnson 2004.

38 Das gilt vor allem für die besonders erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien, so etwa für die niederländische Partei für die Freiheit oder die Schweizerische Volkspartei. (vgl. allgemein auch Betz 2004; Mény/Surel 2002: insb. 21).

39 Mény/Surel 2002: 7ff.

40 Vgl. Bornschie 2010: 2f.; auch Betz 2001 u. 2003; Betz/Johnson 2004.

41 Das von de Benoist (1985) begründete Projekt der neuen ‚post-rassistischen‘ Rechten kann als Versuch verstanden werden, die alte (radikale) Rechte aus der ideologischen

tischen Kosmopolitismus brachte. Indem rechtspopulistische Parteien dieses Deutungsschema mit neo-rassistischen Stereotypen („faulen Ausländern“, „extremistischen Moslems“, „dealenden Asylanten“, etc.) politisch zuspitzen und gegenüber Migranten eine von Misstrauen und Verdacht geprägte Stimmung kultivieren, konnten sie ein politisch unbestimmtes gesellschaftliches Unbehagen programmatisch engführen und zu wirkmächtigen Antipoden des Parteienkonsenses avancieren.

Isolation zu befreien, indem man sich von nationalsozialistischen, biorassistischen Motiven, Inhalten und Positionen distanziert und stattdessen jene Forderungen und Ideologien reformuliert, die von den etablierten politischen Kräften nicht (mehr) glaubwürdig repräsentiert werden (vgl. Kaindl 2013: 24). Das Kernstück, das diesen Forderungen Kohärenz verleiht, ist die ethnopluralistische Vorstellung, die Welt setze sich aus unterschiedlichen Völkern mit jeweils organisch gewachsenen, monolithischen kulturellen Identitäten zusammen (vgl. exemplarisch und grundlegend für diese Argumentation Benoist 1985: 53ff.).